

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Finanzausschusses**

**zu der Mitteilung der Landesregierung  
vom 8. März 2010 – Drucksache 14/5998**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaus-  
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-  
haltsjahr 2005  
– Beitrag Nr. 16: Ausgaben im Zusammenhang mit  
Aufenthalt und Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 8. März 2010 – Drucksache 14/5998 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,  
dem Landtag bis 31. Dezember 2013 zu berichten,
  1. inwieweit der geplante Stellenabbau bei Kapitel 0330 umgesetzt ist und
  2. zu welchen Ergebnissen die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden geführt haben.

25. 03. 2010

Die Berichterstatlerin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

## Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/5998 in seiner 61. Sitzung am 25. März 2010.

Der Berichterstatter für den Finanzausschuss führte aus, die Zahl der Asylbewerber habe sich gegenüber dem vom Rechnungshof untersuchten Zeitraum deutlich vermindert. Zum anderen sei die Anregung des Rechnungshofs umgesetzt worden, die Zuständigkeiten für aufenthaltsbeendende Maßnahmen beim Regierungspräsidium Karlsruhe zu bündeln. Dadurch ergäben sich erhebliche Einsparungen.

Nach Ansicht der CDU sei der größte Teil des Auftrags erfüllt, den der Landtag der Landesregierung zu diesem Beratungsgegenstand erteilt habe. Allerdings werde noch ein längerer Zeitraum benötigt, um die Anpassungen vorzunehmen, die mit der angesprochenen Konzentration verbunden seien. Nach einigen Jahren müsse noch einmal geprüft werden, wie sich die Zentralisierung in der Praxis ausgewirkt habe. Auch stehe in diesem Zusammenhang noch eine Einigung mit den kommunalen Landesverbänden über die Zuweisungen nach § 11 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes aus.

Vor diesem Hintergrund übernehme er folgende Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung an das Plenum:

*Der Landtag wolle beschließen,*

*I. von der Mitteilung der Landesregierung vom 8. März 2010, Drucksache 14/5998, Kenntnis zu nehmen;*

*II. die Landesregierung zu ersuchen,*

*dem Landtag bis 31. Dezember 2013 zu berichten,*

*1. inwieweit der geplante Stellenabbau bei Kapitel 0330 umgesetzt ist und*

*2. zu welchen Ergebnissen die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden geführt haben.*

Diesem Beschlussvorschlag stimmte der Ausschuss einstimmig zu.

08. 04. 2010

Ursula Lazarus